

Nachrichtlich

An den Niedersächsischen Ministerpräsidenten  
Herrn Stephan Weil  
Odeonstraße 15/16  
30159 Hannover

Der Schulelternrat  
des Gymnasiums  
Cäcilien­schule Oldenburg c/o  
Haarenufer 11  
26122 Oldenburg

An das  
Niedersächsische Kultusministerium  
Kultusministerin Frauke Heiligenstadt  
Schiffgraben 12  
30159 Hannover

Oldenburg, 11. April 2014

- steigende Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrer und Streichung der  
Stundenermäßigung für ältere Lehrer

Sehr geehrte Frau Kultusministerin Heiligenstadt,

die Entscheidung, die Unterrichtszeit der Gymnasiallehrer in Niedersachsen von bislang 23,5 auf 24,5 Wochenstunden zu erhöhen und gleichzeitig die Altersermäßigung zu streichen, hat an der Cäcilien­schule **zu erheblichem Unmut und Protesten geführt.**

Sie lassen mitteilen: Die wöchentliche Arbeitszeit der einzelnen Lehrer werde im Durchschnitt weiterhin nur 40 Stunden betragen, auch wenn die Wochenarbeitszeit, nach Ihrer Aussage „moderat angehoben“ werde.  
Unseres Wissens gibt es keine aktuelle Evaluation der tatsächlichen Arbeitsbelastung von Gymnasiallehrern in Niedersachsen.

Bitte beantworten Sie folgende Fragen, ohne auf Ihre uns bereits vorliegenden  
Formschreiben auszuweichen!

**Worauf stützen Sie Ihre Angaben?**

**Was soll konkret weggelassen werden, damit die wöchentliche Arbeitszeit trotz der Erhöhung nicht ansteigt?**

**Wir fordern eine Evaluation der zeitlichen Arbeitsbelastung der Gymnasiallehrer!**

Welche Schwerpunkte die Lehrer außerhalb ihrer Pflichtstunden setzen, möchte das Kultusministerium nicht vorschreiben.

Diesen Grundsatz unterstützen wir, möchten aber darauf hinweisen, dass 30

Ermäßigungsstunden in einem mittelgroßen gymnasialen System für die zusätzlichen Aufgaben keinesfalls ausreichen können!

Warum z.B. muss ein hochqualifizierter Studienrat im Rahmen der „Büchermiete“ 40.000 Bücher sortieren, zuordnen und registrieren? Er bekommt dafür zwei Ermäßigungsstunden, die für andere Aufgaben schon wieder fehlen!

Durch den Wegfall höherer Verwaltungsebenen (Bezirksregierung) und die Einführung der „eigenverantwortlichen Schule“ hat der Verwaltungsaufwand an unseren Schulen erheblich zugenommen. Einen angemessenen Ausgleich für die anfallende Mehrarbeit hat es nicht gegeben.

### **Wir fordern mehr personelle Unterstützung in der Schulverwaltung!**

Rund 220 Gymnasien in Niedersachsen überarbeiten einzeln die Kerncurricula, angesichts eines Zentralabiturs eine nicht zu verantwortende Zeitverschwendung. Auch hier wird der einzelnen Schule eine zusätzliche Aufgabe zugeteilt, ohne dass an anderer Stelle für Entlastung gesorgt wird.

**Wir fordern, dass den Schulen bei Reformen und Umstellungsmaßnahmen einsatzfähige Konzepte zur Verfügung gestellt werden, damit Lehrer ihrer eigentlichen Arbeit, nämlich die Schüler zu unterrichten, nachgehen können!**

### **Wir fordern Besonnenheit bei der Rückführung von G8 zu G9!**

Dabei verweisen wir auf die Stellungnahme der Expertenkommission, die bei der jetzigen Entscheidung offensichtlich keine Beachtung gefunden hat.

**Keine weiteren „Schnellschüsse“ bitte!**

Der hohe Anteil an Teilzeitkräften bei den Gymnasiallehrern ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass viele Lehrer die Grenze ihrer Belastbarkeit bereits überschritten haben.

Den Unmut der Lehrer können wir verstehen und sind entsetzt, dass sie offenbar kein anderes Mittel als die Streichung von Klassenfahrten sehen, um ein Zeichen zu setzen.

### **Warum sind Klassenfahrten freiwillige Leistungen?**

Sie sollten verpflichtend sein, dann wäre die Anrechnung der dabei geleisteten Stunden ebenso selbstverständlich, wie eine klare Regelung der Kostenübernahme.

Wir Eltern befürchten durch das Streichen der Klassenfahrten und möglicherweise weiterer freiwilliger Leistungen den Verlust eines wichtigen Teils der Schulkultur.

Im Abschlussbericht der Expertenrunde zum Dialogforum „Gymnasien gemeinsam stärken“ heißt es mit Verweis auf den Koalitionsvertrag: Sie – die Landesregierung – wird deshalb „im ergebnisoffenen Dialog mit den Beteiligten und mit ausreichender Zeit für die Umstellung praktikable Möglichkeiten“ erörtern und umsetzen, „mit denen der Druck aus den Gymnasien genommen werden kann.“

Im Weiteren ist zu lesen: „... Die rot grüne Koalition will [...] ihre Schulpolitik im Dialog mit den Menschen vor Ort gestalten, gemeinsam mit ihnen passende Lösungen und damit Akzeptanz finden [...]“.

Sie selbst werden zitiert mit den Worten: „Politik ist gut beraten, wenn sie gerade auch bei Fragen, zu denen es manchmal keine einfachen Antworten gibt, genau hinhört [...]“

Dass die Bekanntgabe ihrer Entscheidung, die Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer um eine Stunde zu erhöhen, genau in den Beginn der sechswöchigen unterrichtsfreien Sommerzeit fiel, weckt Zweifel an der Ernsthaftigkeit Ihrer Aussage. Von Eingriffen in das System Schule, das sollte eigentlich keiner Erwähnung bedürfen, sind nicht nur unsere Kinder, sondern auch deren Lehrer erheblich betroffen.

Wir fordern die Landesregierung auf, die strittigen Beschlüsse zu überdenken und das Gespräch mit den Lehrerverbänden wieder aufzunehmen, denn die Folgen der Eskalation dieses unsinnigen und vermeidbaren Konfliktes treffen die Schüler und gefährden den Schulfrieden.

Ihre Antworten auf unsere Forderungen und Fragen erwarten wir mit großem Interesse.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung der Eltern von ca. 1000 Schülern:

**Die Vorsitzenden der Schulelternrates der Cäcilien- und Marienschule Oldenburg**

---

Britta Duvenhorst

---

Jörg Heinemann

---

Beate Allgeier

---

Thomas Kaulen

---

Guido Heinisch